

Anlage 8

**zu § 15 des Hessischen Rahmenvertrag
nach § 79 Abs. 1 SGB XII**

Regelungen zum Investitionsbetrag im Sinne von § 15 Abs. 3 dieses Rahmenvertrages

In Anlehnung an die Regelungen in der Verordnung über die Planung und Förderung von Pflegeeinrichtungen und Sozialstationen vom 2.5.1996 (Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Hessen Teil I Nr. 11 vom 20.5.1996) werden für den Bereich der Behinderteneinrichtungen folgende Regelungen getroffen:

1. Geltungsbereich

Diese Vereinbarung ist anzuwenden für Einrichtungen im Sinne des Rahmenvertrages nach § 79 Abs. 1 SGB XII, die ihren Betrieb nach Inkrafttreten dieser Vereinbarung aufnehmen.

2. Investitionsbetrag

Für die Bemessung des Investitionsbetrages gemäß § 15 Abs. 3 des Rahmenvertrages nach § 79 Abs. 1 SGB XII nach sind Grundlage die tatsächlichen nachgewiesenen Kosten (Anlagespiegel) bis zur Höhe der zuwendungsfähigen Ausgaben gemäß den Investitions- und Maßnahmeförderungsrichtlinien des Landes Hessen vom 5.2.2001 (IMFR) in Verbindung mit dem jeweils verbindlich abgestimmten Finanzierungsplan. Nicht in den Investitionsbetrag fließen die Kosten für die Anschaffung von Grundstücken.

2.1 Die Regelfinanzierung setzt sich wie folgt zusammen:

- a) öffentliche Förderung (Bund, Land, Kommunen, LWV)
- b) Darlehen, (z.B. Integrationsamt, BMA)
- c) Eigenmittel (hierzu gehören auch sog. Drittmittel wie z. B. Zuschüsse der Aktion Mensch).
Hierbei wird grundsätzlich der Einsatz von 20 % der zuwendungsfähigen Kosten als Eigenmitteleinsatz erwartet. Abweichende Regelungen sind möglich, wobei 10 % Eigenmitteleinsatz nicht unterschritten werden dürfen.

2.2 Folgende Positionen fließen in den Investitionsbetrag ein:

- a) Die tatsächlich anfallenden Zinsen in nachgewiesener Höhe für die im abgestimmten Finanzierungsplan ausgewiesenen Darlehen.
- b) Die nachgewiesenen Kosten für die Tilgung dieser Darlehen bis zur Höhe einer anfänglichen Tilgungsleistung von 2% der ursprünglichen Darlehenssumme.

- c) Die Herstellungs- bzw. Anschaffungskosten bezogen auf die vom Träger eingebrachten Eigenmittel fließen mit 5,75% (2,0 % Abschreibungs- bzw. Tilgungsanteil und 3,75 % Zinsanteil) in den Investitionsbetrag ein.
- d) Für die Instandhaltung und Instandsetzung von Gebäuden 0,6% des Herstellungswertes.
Die zweckentsprechende Verwendung oder Vorhaltung dieser Aufwendungen ist gegenüber der zuständigen Landesbehörde bzw. dem **Leistungsträger** auf Antrag nachzuweisen.
- e) Für die Instandhaltung und Instandsetzung der Betriebs- und Geschäftsausstattung 2,5% des Herstellungswertes
- f) Für die Wiederbeschaffung der Betriebs- und Geschäftsausstattung 10% des Herstellungswertes. Die geringwertigen Wirtschaftsgüter sind im Rahmen der Betriebs- und Geschäftsausstattung darzustellen.
In Werkstätten für behinderte Menschen sind für den Bereich der Wiederbeschaffung von technischen Anlagen und Kraftfahrzeugen hiervon abweichende Regelungen möglich, soweit diese Aufwendungen im Sinne der Abgrenzung gemäß § 41 Abs. 3 SGB IX vergütungsrelevant sind. Dies gilt auch für den Bereich der Fahrdienste in Werkstätten für behinderte Menschen.
- g) Wird die Betriebs- und Geschäftsausstattung ganz oder teilweise geleast, ist zuvor eine Abstimmung hinsichtlich der Modalitäten mit dem **Leistungsträger** vorzunehmen.

2.3 Regelungen für Einrichtungen, die nicht gefördert werden können oder nicht gefördert werden

Bei nicht geförderten Einrichtungen sind für die Bemessung des Investitionsbetrages nach § 15 **Abs. 3 dieses** Rahmenvertrages Grundlage die Herstellungs- bzw. Anschaffungskosten maximal in Höhe der zuwendungsfähigen Aufwendungen für investiv geförderte Einrichtungen im Sinne der Förderungsrichtlinien (IMFR)

- a) Hinsichtlich der Finanzierung treten an die Stelle der öffentlichen Förderung im Sinne der Ziffer 2.1 a) u. b) Kapitalmarktmittel.
In den Investitionsbetrag fließen analog der Ziffer 2.2 a) die tatsächlich anfallenden marktüblichen Zinsen in nachgewiesener Höhe für die im abgestimmten Finanzierungsplan ausgewiesenen Darlehen ein.

Die Regelungen unter Ziffer 2.2 b) bis g) gelten unverändert.

2.4 Mietobjekte

Bei angemieteten Objekten tritt an die unter Ziffer 2.2 a) und b) genannten Positionen die Miet- oder Pachtzahlung. Hierbei orientiert sich der übernahmefähige Wert an der Höhe der ortsüblichen Miete für nicht preisgebundenen Wohnraum/Gewerbeobjekte.

Die Größenordnung des für Instandhaltungen bzw. Instandsetzungen anzusetzenden Wertes ist abweichend von den Regelungen unter Ziffer 2.2 d) im Einzelfall zu bestimmen, hierbei sind insbesondere im Miet- bzw. Pachtvertrag getroffene Finanzierungsregelungen zu diesem Bereich zu berücksichtigen.

3. Verfahrenshinweise

- 3.1** Der Einrichtungsträger zeigt den jeweiligen Ablauf der Bindungsfrist der Darlehen und die neuen Konditionen an. Der Investitionsbetrag wird neu vereinbart (§ 93 b Abs. 3 BSHG).
- 3.2** Der Einrichtungsträger zeigt die vollständige Tilgung eines Darlehens an. Die Aufwendungen/Kosten für Zinsen und Tilgung entfallen ersatzlos. Der Investitionsbetrag ist neu zu vereinbaren (§ 93 b Abs. 3 BSHG).
- 3.3** Der Einrichtungsträger zeigt die vollständige Abschreibung bzw. Tilgung der eingebrachten Eigenmittel an. Die Aufwendungen/Kosten für Zinsen und Abschreibung bzw. Tilgung entfallen ersatzlos. Der Investitionsbetrag ist neu zu vereinbaren. (§ 93 b Abs. 3 BSHG).
- 3.4** Nur unter der Voraussetzung des § 93 b Abs. 3 BSHG ist die Übernahme abweichender Kosten bezüglich der Ziffern 2.2 d) und 2.2 e) möglich. Entsprechende Nachweise sind zu erbringen.
- 3.5** Es ist davon auszugehen, dass in den ersten Jahren nach Betriebsaufnahme die im Investitionsbetrag enthaltenen Beträge zu Ziffer 2.2 d) bis f) nicht umfassend in Anspruch genommen werden müssen. Die nicht verbrauchten Mittel sind gesondert darzustellen.
- 3.6** Entsprechen beim Kauf insbesondere von älteren Gebäuden einschließlich notwendiger Modernisierungsmaßnahmen die sich dann ergebenden Bezugsgrößen für die Ermittlung der Instandhaltungswerte und des Wiederbeschaffungswertes für BGA nicht den Kostengrößen, wie sie bei neuen Einrichtungen angesetzt werden, so können in diesen Fällen abweichende Regelungen getroffen werden.
- 3.7** Bei der Berechnung des Investitionsbetrages wird eine Mindestauslastung von 95 % zugrundegelegt.
- 3.8** Für Einrichtungen, die vor Inkrafttreten dieser Vereinbarung ihren Betrieb aufgenommen haben (Bestandseinrichtungen), gelten die bisherigen Regelungen zur Ermittlung des Investitionsbetrages weiter.

4. Inkrafttreten

Diese Regelungen werden Anlage zum Rahmenvertrag nach § 79 Abs. 1 SGB XII und treten mit Wirkung vom 01.04.2004 in Kraft¹.

¹ Beschluss der Vertragskommission vom 22.04.2004